

Empty rectangular box with horizontal lines, likely for a stamp or signature.

BStU

Archiv der Zentralstelle



**MfS - ZOS**

Nr. **2879**

Kopie BStU  
ARG

Amt für Nationale Sicherheit  
Lagezentrum

Berlin, 15. 12. 1989

Bericht über die Lage in den Bezirksämtern für Nationale Sicherheit  
sowie im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreisämter für Nationale  
Sicherheit

Die Arbeitsfähigkeit der Bezirksämter (BÄ) ist gegenüber dem Vortag im wesentlichen unverändert.

Von den 209 Kreisämtern (KÄ) und 7 Objektdienststellen (OD) sind 213 KÄ/OD aufgelöst (98,6 %).

Die Räumung des KA Leipzig-Stadt wurde am 14. 12. 1989 begonnen, konnte jedoch aufgrund des Umfangs des auszulagernden Schriftgutes noch nicht abgeschlossen werden. In den noch nicht aufgelösten KÄ Jena und Greifswald bestehen die bekannten Gründe weiterhin (siehe Bericht vom 14. 12. 1989).

Die Nachrichtenverbindungen der BÄ zum AfNS sind bis auf die im Bericht vom 14. 12. 1989 genannten und weiter bestehenden Einschränkungen in den BÄ Dresden und Erfurt stabil. Der Fernschreib-/Chiffrierverkehr mit dem BA Dresden kann außerhalb der begrenzten Zeit über die NVA, 7. Panzerdivision, unter Nutzung einer Kurierverbindung gesichert werden.

Von den gegenwärtig bis zum 31. 12. 1989 zur Entlassung vorgesehenen 3 215 Mitarbeitern des AfNS und 3 500 Mitarbeitern der BÄ wurden 620 bzw. 300 zum Zoll vermittelt.

Eine detailliertere Aufschlüsselung der kadermäßigen Reduzierung ist zur Zeit noch nicht möglich.

Die Situation unter den Mitarbeitern der ehemaligen KÄ und der BÄ ist weiterhin äußerst gespannt. Kritisiert wird vor allem die überstürzte Aktion zur Auflösung der KÄ. Die unter den Mitarbeitern verbreitete Ungewißheit über ihre weitere Perspektive innerhalb oder außerhalb der BÄ - fehlende Aussagen, wieviel Mitarbeiter künftig noch benötigt werden - hat zu einem verstärkten Abgang vor allem von Spezialisten geführt. Zum Teil ist die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Objekten bereits eingeschränkt.

Die Probleme bei der Beschaffung von geeigneten Arbeitsplätzen für aus den Ämtern ausscheidende Mitarbeiter halten an. Überwiegend sind fünf oder mehr Rücksprachen notwendig, bevor eine neue Arbeitsstelle gesichert ist.

Durch die Mitteilung über die Auflösung des gesamten AfNS in den Massenmedien hat sich die Unruhe unter den Mitarbeitern noch verstärkt.

Zum Teil herrscht unter den Mitarbeitern Angst, von Untersuchungskommissionen wegen ihrer Tätigkeit im ehemaligen MfS zur Verantwortung gezogen zu werden.

Am 14. 12. 1989 wurden gegen den stellvertretenden Leiter des BA Schwerin, OSL Reinel, ein Ermittlungsverfahren mit Haft wegen Verdachts der Urkunden- und Aktenvernichtung und gegen den ehemaligen Leiter des BA Schwerin, Generalmajor Korth, ein Ermittlungsverfahren mit Haft gemäß § 206 StGB (unbefugter Waffen- und Sprengmittelbesitz) eingeleitet. Dazu wurde die Öffentlichkeit durch Vertreter des "Neuen Forum" auf einer Pressekonferenz informiert.

Im Objekt der Bauakademie der DDR in Berlin-Hohenschönhausen, Plauener Straße 163 - 165, wurde ein Schreiben an der Aushängetafel mit folgendem Text festgestellt:

"Für ein sauberes Hohenschönhausen - Stasi raus".

Darunter befindet sich eine Aufstellung von Objekten des ehemaligen MfS (Ledigenwohnheime, private Wohnhäuser und Dienstobjekte). Der geforderten sofortigen Räumung der Objekte stimmten ca. 25 - 30 Personen unterschriftlich zu.

Weiterhin anhaltend sind Auffassungen von nicht organisierten Bürgern sowie Vertretern neu gegründeter Parteien und Bewegungen, die sich gegen die vollständige Auflösung der KÄ aussprechen. In diesem Zusammenhang wird auf verstärkte Erscheinungen und Tendenzen des Neofaschismus und des zu erwartenden Drogenmißbrauchs verwiesen.

Vertraulich äußerte ein Mitarbeiter einer Botschaft eines NATO-Staates, daß kein Geheimdienst der Welt so mit sich umgehen lasse, wie das zur Zeit in der DDR geschehe.

Am 14. 12. 1989 wurde in Berlin-Lichtenberg, Marie-Curie-Allee, einem Mitarbeiter des AfNS ein Flugblatt übergeben, in dem für den 18. 12. 1989, 15.00 Uhr, zu einer Demonstration zum Objekt des AfNS, Magdalenenstraße, aufgerufen wurde.  
In diesem Flugblatt wird u. a. gefordert:

- die unverzügliche Übergabe des gesamten Objektes an das Gesundheitswesen der Hauptstadt,
- die Umschulung und Resozialisierung der ehemaligen Mitarbeiter.

(siehe Anlage)

Anlage  
Übersicht über übergebene  
Kreisämter/Objektdienststellen

Übersicht über übergebene Kreisämter/Objektdienststellen

(übergebene KÄ/OD insgesamt: 120 = 56 %)

- |                              |   |
|------------------------------|---|
| - Bezirksamt Berlin          | 4 Kreisämter an Räte der Stadtbezirke,<br>2 Kreisämter an VPI                             |
| - Bezirksamt Cottbus         | 14 Kreisämter an Räte der Kreise,<br>1 OD an Generaldirektor Kombinat<br>"Schwarze Pumpe" |
| - Bezirksamt Erfurt          | 13 Kreisämter an Räte der Kreise  |
| - Bezirksamt Frankfurt/Oder  | 10 Kreisämter an Räte der Kreise  |
| - Bezirksamt Gera            | 6 Kreisämter  |
| - Bezirksamt Halle           | 24 Kreisämter/Objektdienststellen   |
| - Bezirksamt Karl-Marx-Stadt | 17 Kreisämter an Räte der Kreise  |
| - Bezirksamt Leipzig         | 6 Kreisämter an Räte der Kreise   |
| - Bezirksamt Neubrandenburg  | 13 Kreisämter an Räte der Kreise  |
| - Bezirksamt Schwerin        | 10 Kreisämter an Räte der Kreise  |

An der Gesamtzusammenstellung der anderen übergebenen bzw. zu übergebenden Objekte wird noch gearbeitet.



# A U F R U F

Weder für Stasi noch Nazi,  
sondern für das Volk  
Für unser Gesundheits- u. Sozialwesen!

Demonstration zur „Festung Magdalenenstraße“  
am: 18.12.1989 um: 15.00 Uhr  
Treffpunkt: Fanningerstraße, Eingang OZK

Der aufgeblähte Apparat einer angeblichen Staatssicherheitspolitik ist nirgendwo augenfälliger als am Sitz des ehemaligen Mysteriums. Darunter hat die gesamte Infrastruktur des Stadtbezirkes Lichtenberg gelitten. Besonders das für uns alle lebensnotwendige, in unmittelbarer Nähe befindliche Gesundheitswesen wurde wesentlich vernachlässigt.

Um Allgemeinwohl, medizinische Betreuung und Gesundheitsschutz endlich über Willkür, Überwachung und Einschüchterung zu stellen, fordern wir:

1. Unverzügliche Übergabe der MfS/AFNS-Gebäude an das GSW der Hauptstadt, insbesondere an den Stadtbezirk Berlin-Lichtenb.
2. Nutzung/Ausbau der Gebäude durch/für Einrichtungen des GSW (z.B. BIBT, Umwelthygiene, Infektionsschutz, Feiernabendheimverwaltung u.a.)
3. Umschulung und Resozialisierung von ehemaligen Stasi/Nasi-Mitarbeitern, auch in Richtung medizinisch sozialer Aufgabengebiete.

Nur durch den Gebrauch der Häuser im Bevölkerungsinteresse, durch öffentlichen Zugang wird der Abbau einer verfehlten Sicherheitsdoktrin glaubwürdig erlebbar, kann es gelingen, begangenes Unrecht abzutragen und Angstschwellen zu überwinden. Viele aufgestaute Probleme (Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im BIBT, Erweiterung des OZK, Schaffung von Hausarztpraxen, Einrichtung von Sucht- und Drogenberatungsstellen, Zusammenlegung verstreuter Bereiche, Vergabe freiwerdender Wohn- und Gewerberäume) könnten in einem (Um) Zug gelöst werden. Also,

d e m o n s t r i e r e n wir unseren Anspruch!

ges. Heins Schwarz  
LDPD

ges. Werner Schulz  
Neues Forum

Amt für Nationale Sicherheit  
Lagezentrum

Berlin, 16. 12. 1989

Bericht über die Lage in den Bezirksämtern für Nationale Sicherheit  
sowie im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreisämter für Nationa-  
le Sicherheit

Die Arbeitsfähigkeit der Bezirksämter (BÄ) ist weiterhin sehr dif-  
ferenziert. In den BÄ Schwerin, Neubrandenburg, Frankfurt/Oder,  
Cottbus, Halle, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Suhl und Berlin sind  
die administrativen und ausgewählte operative Bereiche arbeits-  
fähig. In den BÄ Potsdam und Gera wird der Dienstbetrieb aus-  
schließlich in den administrativen Bereichen aufrechterhalten.  
Demgegenüber können in den BÄ Rostock, Magdeburg, Erfurt und Leip-  
zig auch diese Bereiche nur mit einem begrenzten Mitarbeiterbestand  
arbeiten. (Z. B. darf das BA Magdeburg stündlich nur von 5 Mitar-  
beitern zur Regelung von Entlassungen u. ä. Problemen betreten  
werden.)

Mit Ausnahme der Kreisämter (KÄ) Leipzig-Stadt, Jena und Greifs-  
wald sind alle KÄ sowie alle OD aufgelöst. Die bekannten Gründe  
für die Verzögerung der Auflösung der 3 KÄ bestehen weiter.

Bisher wurden 171 KÄ/OD an örtliche Staatsorgane oder andere  
Rechtsträger übergeben, das sind 79,2 % (s. Anlage). Des weiteren  
wurden 54 Außenobjekte der BÄ, 14 rückwärtige Einrichtungen, 8  
sonstige Dienstobjekte sowie 1 Wohnheim den entsprechenden Partnern  
in den Territorien zur Verfügung gestellt.

Der Stand der Nachrichtenverbindungen der BÄ zum AfNS ist gegenüber  
dem Vortag unverändert.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden 9 801 Mitarbeiter entlassen,  
davon 3 593 aus dem AfNS, 4 749 aus den BÄ und 1 459 aus dem Wach-  
regiment Berlin. Insgesamt wurden 972 Mitarbeiter zum Zoll vermit-  
telt (637 aus dem AfNS, 335 aus den BÄ).  
Des weiteren wurden ca. 4 500 Mitarbeiter zu den Grenzübergangs-  
stellen kommandiert (AfNS ca. 2 000, BÄ ca. 2 500).

Die bereits an den Vortagen dargestellten Tendenzen der sozialen  
Verunsicherung, Aufnahme von Tätigkeiten unter der Qualifikation  
sowie einer starken Fluktuation von Spezialisten unter entlasse-  
nen und noch im Dienst befindlichen Mitarbeitern halten weiter an.  
Verschärft wird diese Situation durch die offene bzw. verschleierte  
Ablehnung von Einstellungen ehemaliger Mitarbeiter in Betrieben,  
Institutionen und Einrichtungen.  
Beispielsweise wurden Bewerbungen in dem/der

VEB Sauerstoffwerk Bützow  
VEB Plastverarbeitungswerk Schwerin  
VEB Kabelwerk Nord Schwerin  
VEB Mischfutterwerk Schwerin  
Bezirkskrankenhaus Schwerin  
VEB Backwarenkombinat Potsdam  
Staatsbank der DDR, Filiale Potsdam

abgelehnt, da bei einer Einstellung die Arbeitsniederlegung durch Betriebskollektive befürchtet bzw. angedroht wurde.

In anderen Bezirken sind ähnliche Erscheinungen zu verzeichnen. Zur Überwindung dieser Situation wurden in einzelnen Bezirken Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Staatsorganen eingeleitet sowie Gespräche mit Betriebskollektiven vereinbart. Bisher konnte jedoch noch keine spürbare Entspannung auf diesem Gebiet erreicht werden.

Bezug nehmend auf die für den 18. 12. 1989 angekündigte Demonstration von Mitarbeitern des Oskar-Ziethen-Krankenhauses (OZK) und des Institutes für Blutspende- und Transfusionswesen zum AfNS hat der Leiter des Zentralen Medizinischen Dienstes, Generalmajor Prof. Dr. Klein, Verbindung zu den Leitern der beiden Einrichtungen hergestellt. Sie sehen sich außerstande, die Demonstration zu verhindern. Gegenüber dem Leiter des OZK wurde erreicht, daß von den Forderungen der sofortigen Übergabe des AfNS an das OZK Abstand genommen wird.

Die Leiter des OZK und des Institutes für Blutspende- und Transfusionswesen sicherten einen friedlichen Verlauf der Demonstration zu.

Generalmajor Klein ist bereit, bei Stattfinden der Demonstration eine Abordnung von Demonstranten zu empfangen.

Anlage

Übersicht über übergebene Kreisämter/Objektdienststellen

(Übergebene KÄ/OD insgesamt: 171)

- BA Berlin	4 KÄ an Räte der Stadtbezirke 2 KÄ an VPI
- BA Cottbus	14 KÄ an Räte d. Kreise 2 OD an Generaldirektoren der Kombinate
- BA Erfurt	13 KÄ an Räte der Kreise
- BA Frankfurt/Oder	10 KÄ an Räte der Kreise
- BA Gera	10 KÄ 1 OD an Generaldirektor Kombinat Carl Zeiss Jena
- BA Halle	23 KÄ 3 OD
- BA Karl-Marx-St.	22 KÄ an Räte der Kreise
- BA Leipzig	6 KÄ an Räte der Kreise
- BA Magdeburg	18 KÄ an Räte der Kreise/Städte
- BA Neubrandenburg	14 KÄ an Räte der Kreise
- BA Potsdam	1 KA an Rat des Kreises
- BA Rostock	-
- BA Schwerin	12 KÄ an Räte der Kreise
- BA Suhl	1 KA an Rat des Kreises
- BA Dresden	15 KÄ an Räte der Kreise

(Zu berücksichtigen ist, daß die KÄ, die sich auf dem Gelände der BÄ befinden, zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht übergeben werden können.)



Amt für Nationale Sicherheit  
Lagezentrum

Berlin, 17. 12. 1989

BSU  
000161

Bericht über die Lage in den Bezirksämtern für Nationale Sicherheit sowie im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreisämter für Nationale Sicherheit.

---

Die Arbeitsfähigkeit der Bezirksämter (BÄ) ist am Wochenende (in der Regel) auf den Einsatz eines Diensthabenden reduziert. Zu den Diensthabenden der BÄ bestehen stabile Nachrichtenverbindungen. Eine Ausnahme ist das BA Dresden. Die Wtsch-Verbindung wurde am 16. 12. 1989, 16.00 Uhr, abgeschaltet und wird erst am 18. 12. 1989, 8.30 Uhr wieder freigegeben.

Mit Wirkung vom 18. 12. 1989 sollen die Arbeitsmöglichkeiten für das BA Rostock schrittweise verbessert werden. Eine Auflösung der Kreisämter Leipzig-Stadt, Jena und Greifswald konnte bisher aus den bekannten Gründen nicht erfolgen. Dazu erforderliche Festlegungen sollen in Zusammenarbeit der Regierungsbeauftragten mit Staatsanwälten, Bürgervertretungen und den BÄ am 18. 12. 1989 getroffen werden.

Ausgehend vom Arbeitsmaterial der Arbeitsgruppe Staat und Recht des Neuen Forum Schwerin, brachten auch Mitglieder der in den BÄ Potsdam und Dresden tätigen Untersuchungsgruppen zum Ausdruck, daß auch künftig ein Sicherheitsorgan benötigt wird, welches aber auf völlig neuen staatsrechtlichen Grundlagen aufgebaut und unter zuverlässiger parlamentarischer Kontrolle wirksam werden muß.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen in einer Verlagerung solcher Aufgabengebiete wie Terrorabwehr und Bekämpfung neonazistischer/antisemitischer Gruppen in die Verantwortung des MdI.

Zur planmäßigeren Gestaltung der Eingliederung ehemaliger Mitarbeiter des Amtes für Nationale Sicherheit in zivile Arbeitsprozesse wurden in weiteren Bezirken (Schwerin, Cottbus) die Staatsorgane in Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen und Vertretern der Kirchen aktiv, um eine Entspannung in diesem Bereich der Gesellschaft zu erreichen.

Lagezentrum

Berlin, 18. 12. 1989

Bericht über die Lage im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit

Mit Ausnahme des Bezirksamtes Dresden (WTsch-Verbindung erst ab 18. 12. 1989, 8.30 Uhr) wurde zu allen Bezirksämtern Verbindung hergestellt. Im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreis- und Bezirksämter sind keine Probleme aufgetreten. Aus den Bezirken liegen für den 17. 12. 1989 keine Informationen zu Aktivitäten von Bürgerinitiativen vor.

Am 17. 12. 1989, 13.20 Uhr, erschien Frau Poppe, Ulrike (Bürgerinitiative "Frieden und Menschenrechte") ohne Ankündigung vor dem Objekt Freienwalder Straße in Berlin-Hohenschönhausen, um die Haftanstalt zu besichtigen. Sie berief sich auf die Genehmigung des Presseoffiziers namens Gallas (Gen. Gallas ist Pressesprecher der Presseabteilung des MfIA), die gegenüber Herrn Berger, Jürgen (ebenfalls dieser Bürgerinitiative angehörend) erteilt worden sei. B. erschien später ebenfalls vor dem Objekt und unterstützte die P. Zum o. g. Zeitpunkt hatten sich vor dem Objekt Freienwalder Straße Kamerateams von ARD und ZDF eingefunden, die ihre Technik aufbauten. Während des Wartens auf Einlaß hielt sich die P. vorübergehend in einem Fahrzeug der Kamerateams auf.

Um größtmögliche Transparenz gegenüber dem Begehren der Bürger zu demonstrieren, nahm der Leiter der Haftanstalt auf den hinzugezogenen Militärstaatsanwalt Voigtländer, der das Ansinnen der P. und des B. zunächst kategorisch ablehnte, Einfluß, einer Besichtigung zuzustimmen, auch um möglichen diesbezüglichen massiven Forderungen an den Folgetagen zu begegnen.

Von 17.20 Uhr bis 19.05 Uhr hielten sich die Personen P. und B. in Begleitung des Militärstaatsanwaltes und zwei hinzugezogener VP-Angehöriger (Mitarbeiterin des Pressesprechers/Sicherungsverantwortlicher) in der Haftanstalt auf.

Sie besichtigten u. a. den unbelegten Verwahrbereich, eine Beruhigungszelle, das Archiv und den Innenhof. Auf Wunsch wurde Einsicht in eine Akte gestattet.

Erhobene Forderungen hinsichtlich Veränderungen bzw. Umgestaltungen im Objekt (Fenster, Freihofgestaltung, Arbeitsmöglichkeiten für Inhaftierte) wurden zur Kenntnis genommen mit dem Verweis der möglichen Berücksichtigung im Zuge der Übergabe der Haftanstalt an die VP.

In dem grundsätzlichen Gespräch äußerte die P., daß die Besichtigung der Haftanstalt in Vorbereitung auf den "Runden Tisch" erfolgte. Nach Verlassen des Objektes gaben P. und B. davor wartenden Medienvertretern Interviews.

Beachtenswerter Einzelhinweis:

Am 17. Dezember 1989, gegen 9.25 Uhr erfolgte über den öffentlichen Amtsanschluß des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit, 5509991, ein anonym Anruf.

BStU

000165

2

Eine Person mit männlich klingender Stimme äußerte:

"Ist dort die Staatssicherheit; Ich wollte bloß sagen, in einer Stunde explodiert der Fernsehturm. Nieder mit dem Kommunismus".

Im Ergebnis der Rückverfolgung des Anrufes wurde festgestellt, daß das Telefonat vom Amtsanschluß 2806453 geführt wurde. Nutzer dieser Rufnummer ist das Psychologische Institut, Oranienburger Straße 18.

Maßnahmen zur Identifizierung des Anrufers wurden eingeleitet.

Lagezentrum

Berlin, 20. 12. 1989

## Bericht

Über die Lage im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit

---

Der Stand der Arbeitsfähigkeit der aufgelösten Bezirksämter (BÄ) ist unverändert differenziert und insgesamt stark eingeschränkt. Nachrichtenverbindungen bestehen zu allen BÄ.

In bezug auf die Auflösung der restlichen zwei Kreisämter (KÄ) Greifswald und Jena wurden Fortschritte erreicht.

Im KA Greifswald wurde in Anwesenheit von Mitgliedern des unabhängigen Untersuchungsausschusses und Vertretern der Staatsanwaltschaft mit der Sichtung operativer Materialien begonnen (ca. 3 Tage). Danach wird eine Entscheidung über das weitere Vorgehen zur Auflösung und Übergabe des KA herbeigeführt.

Im Rahmen der Auflösung des KA Jena erfolgt der erste Materialtransport in das BA am 20. 12. 1989.

Die Gesamtzahl der bisher an territoriale Organe und Einrichtungen übergebenen Objekte beträgt 266, davon 182 KÄ, 57 Objekte der BÄ, 18 rückwärtige und 19 sonstige Einrichtungen.

Bis zum 19. 12. 1989 wurden 13 404 Mitarbeiter entlassen (Amt 4115, BÄ 6357, Wachregiment 2932). 1076 ehemalige Mitarbeiter nehmen Tätigkeiten beim Zoll, 3499 an den Grenzübergangsstellen/Paßkontrollen und 8829 in der Volkswirtschaft auf.

Nach Bekanntgabe der Neugründung eines Nachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes haben die Kadergespräche mit den verbleibenden Mitarbeitern hinsichtlich ihrer Bereitschaft zur Übernahme bzw. der notwendigen Entlassung begonnen, was zu einer Einschränkung der unkontrollierten Fluktuation führte.

Im Bezirk Erfurt erfolgt die Übernahme ehemaliger Mitarbeiter der KÄ/des BA zum Zoll sehr schleppend (34 Übernahmen). Außerdem wurden gegebene Zusagen in bezug auf den Dienstgrad nicht eingehalten und Hoch- bzw. Fachschulabsolventen zum Teil als Zollassistenten eingestellt.

Hinsichtlich der Vermittlung von Arbeitsstellen an ehemalige Mitarbeiter in zivile Bereiche treten weiterhin erhebliche Probleme auf.

In der Stadt Sömmerda/Erfurt soll eine nicht genehmigte Unterschriftensammlung erfolgen, in der sich die Leiter von Betrieben/Einrichtungen verpflichten sollen, keine Angehörige des ehemaligen MfS einzustellen.

Der Kaderleiter des Backwarenkomines Erfurt erhielt mehrere anonyme Anrufe, die beabsichtige Einstellung einer ehemaligen Mitarbeiterin der Staatssicherheit als Justitiar nicht zu realisieren. Anderenfalls werde von ihm Rechenschaft gefordert.

Im Motorenwerk Zörbig/Bitterfeld wurde durch Vertreter des Neuen Forum ein Streik angedroht, wenn die zugesagte Einstellung eines ehemaligen MfS-Mitarbeiters als Direktor für Kader und Bildung nicht rückgängig gemacht wird.

Die Einstellung ehemaliger Mitarbeiter beim Krankentransport Potsdam führte zur massiven Ablehnung in den Kollektiven.

In Erfurt wurden Mitarbeitern die Telefonverbindungen durch die Deutsche Post mit der Begründung stillgelegt, daß der Grund der Einrichtung mit der Auflösung des BA nicht mehr gegeben ist.

In verschiedenen Kreisen setzen sich Vertreter des Neuen Forum für die Sicherung von Arbeitsplätzen ehemaliger Mitarbeiter ein.

Am 19. 12. 1989 tagte im BA Berlin erstmalig der Kontrollausschuß zur Auflösung des Amtes. Es wurden 2 Arbeitsgruppen gebildet, die am 20. 12. 1989 ihre Arbeiten aufnehmen:

- Untersuchung der bisherigen Tätigkeit des BA und Einschätzung, welche Akten zur Vernichtung freigegeben werden können,
- Aufgabenstellungen zur Aufklärung sowie zur Abwehr des Neofaschismus und des Revanchismus.

Eine Entspannung der Situation zeichnet sich im Kreis Ueckermünde/Neubrandenburg ab. Superintendent Jessert, der gegen den ehemaligen Leiter des KA, Schiffner, Anzeige erstattet hatte, setzte sich mit diesem telefonisch in Verbindung und bat um ein persönliches Gespräch.

J. und der Mitarbeiter des Neuen Forum, Brummond, äußerten sich gegenüber dem Vorsitzenden des Rates des Kreises für die Überführung der im VPKA zwischengelagerten Akten in das BA.

Intern wurde dem BA Frankfurt/O. bekannt, daß die "Republikaner" beabsichtigen, in den nächsten Wochen verstärkt über vorhandene und neu zu schaffende Kontakte zu DDR-Personen Strukturen ihrer Partei in der DDR auf Bezirks- und Kreisebene zu etablieren.

In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, daß eine Reihe von DDR-Bürgern in Informationsbüros der "Republikaner" in Westberlin vortrat.

Lagezentrum

Berlin, 21. 12. 1989

BerichtÜber die Lage im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit

Die Arbeitsfähigkeit der aufgelösten Bezirksämter (BÄ) ist weiterhin differenziert einzuschätzen. Während in den Bezirken Halle, Erfurt und Schwerin beispielsweise Voraussetzungen für einen möglichen Aufbau nachrichtendienstlicher Strukturen im Sinne des Ministerratsbeschlusses vom 14. 12. 1989 bestehen, sind in anderen Bezirken lediglich Arbeitsmöglichkeiten zur Entlassung von Mitarbeitern gegeben.

Nachrichtenverbindungen bestehen zu allen aufgelösten BÄ, wenn auch teilweise nur in eingeschränkter Form.

Am 10. 12. 1989 wurde das ehemalige Kreisamt Jena aufgelöst. Das letzte, noch nicht aufgelöste KA in Greifswald soll noch in dieser Woche nach Sichtung operativer Materialien durch Mitglieder eines unabhängigen Untersuchungsausschusses und Vertretern der Staatsanwaltschaft, geräumt werden.

Die Gesamtzahl der bisher an territoriale Organe und Einrichtungen übergebenen Objekte erhöhte sich auf 296 (190 KÄ, 66 Objekte von BÄ, 26 rückwärtige und 14 sonstige Objekte).

Bis zum 20. 12. 1989 wurden 14 573 Mitarbeiter entlassen. Davon nehmen 10 552 eine Tätigkeit in der Volkswirtschaft, 1 138 in den Zollorganen und 2 883 an den Grenzübergangsstellen/Paßkontrollen auf.

Probleme treten weiterhin bei der Arbeitsaufnahme ehemaliger Mitarbeiter in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft auf. Die in diesem Zusammenhang bereits dargestellten Tendenzen setzen sich unverändert fort.

Schwierigkeiten ergeben sich derzeit im Bezirk Erfurt bei der Übernahme der Grenzübergangsstellen/Paßkontrolleneinheiten durch die Grenztruppen der DDR, da von dieser Seite nur die Bereitschaft zur Übernahme von 450 der insgesamt 900 Mitarbeiter besteht. Mit einem solchen schematischen Herangehen wird die weitere Durchsetzung der Paßkontrollordnung bzw. die zu lösenden Aufgabenstellungen, vor allem im Jahresendreiseverkehr, nicht gewährleistet.

Aus den Bezirken Halle und Frankfurt/Oder wurden Hinweise zur Formierung rechtsextremer Kräfte, ansteigender Aggressivität gegenüber Ausländern und angedrohten Repressalien gegen Bürger, die sich gegen eine Wiedervereinigung aussprechen, bekannt.

Zur Auflösung des AfNS sprachen Mitarbeiter des Hauptpostamtes Frankfurt/Oder ihre Besorgnis aus, da befürchtet wird, daß nach dieser Aktion die Organe der DVP und der sowjetischen Streitkräfte angegriffen werden und damit der Bevölkerung jeder Rechtsschutz entzogen wird.



Lagezentrum

Berlin, 22. 12. 1989

## Bericht

Über die Lage im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreis- und Bezirksämter für Nationale Sicherheit

---

Die Arbeitsfähigkeit der aufgelösten Bezirksämter (BÄ) ist weiterhin differenziert. Neben den BÄ Halle, Erfurt und Schwerin haben sich die Bedingungen vor allem in den BÄ Suhl und Frankfurt/Oder wesentlich verbessert. Im aufgelösten BA Berlin hat die Kontrollgruppe der Bürgerinitiative die Überprüfungen im Bereich der Aufklärung abgeschlossen und freigegeben, so daß dort die Arbeitsfähigkeit gewährleistet ist. Das BA Leipzig ist in der Zeit vom 22. 12. 1989 bis 3. 1. 1990 geschlossen.

Der Stand der Nachrichtenverbindungen in die aufgelösten BÄ hat sich nicht verändert.

Die im BA Berlin wirksame Kontrollgruppe der Bürgerinitiative vertrat die Auffassung, nicht zu viele Mitarbeiter des ehemaligen BA zu entlassen, um die Arbeitsfähigkeit des Verfassungsschutzes gewährleisten zu können. Außerdem sollte aus ökonomischen Gründen ein Teil des ehemaligen Objektes des BA in der Nutzung des Verfassungsschutzes verbleiben. In diesem Sinne sollen Vorschläge am "Runden Tisch" unterbreitet werden.

In Dresden begrüßten Vertreter des "Neuen Forum", anderer Basisgruppen und Parteien mit Bezug auf rechtsextremistische Tendenzen und Losungen bei Demonstrationen/Kundgebungen den Aufbau des Verfassungsschutzes.

Im bisher noch nicht aufgelösten Kreisamt Greifswald wurde durch den Untersuchungsausschuß der Stadt unter Kontrolle des Staatsanwaltes und der VP bei Gewährleistung des Quellenschutzes umfangreiches Material gesichtet. Auf die am Abend des 20. 12. 1989 erhobene Forderung des Untersuchungsausschusses, alles Material zu lesen, wurde durch Regierungsvertreter entschieden, daß der Leiter des VPKA die Unrechtmäßigkeit dieser Forderung mitteilt und auf damit verbundene Verletzungen des Datenschutzes und der Verfassung verweist:

Vom ehemaligen BA Potsdam wurden am 21. 12. 1989 unter Mitwirkung von Bürgervertretern und Mitarbeitern des Staatsarchivs Gerichtsakten in das Staatsarchiv Potsdam ausgelagert.

Die Gesamtzahl der bisher an territoriale Organe und Einrichtungen übergebenen Objekte hat sich gegenüber dem Vortag nicht verändert. Weitere 447 Objekte stehen zur Übergabe bereit.

Bis zum 21. 12. 1989 wurden 15 869 Mitarbeiter entlassen (AfNS 4 844, BÄ 8 042, Wachregiment 2 983 Angehörige). Davon nehmen 11 728 eine Tätigkeit in der Volkswirtschaft, 1 213 in den Zollorganen und 2 928 an den Grenzübergangsstellen/Paßkontrollen auf.

Die Probleme bei der Vermittlung von Arbeitsstellen ehemaliger Mitarbeiter halten an.

Im Kreis Nordhausen wollen Mitglieder des "Neuen Forum" verhindern, daß ehemalige Mitarbeiter in Grenzorgane eingestellt werden. Demgegenüber setzt sich das "Neue Forum" im Bezirk Suhl mit Arbeitskollektiven auseinander, die diesbezügliche Einstellungen ablehnen. Besondere Probleme zeigen sich in den Kreisgebieten bei der Vermittlung von Arbeitsstellen für ehemalige Leiter der KÄ. Generelle Ablehnungen zur Einstellung ehemaliger Mitarbeiter des MfS bestehen weiterhin in einer Reihe von Arbeitskollektiven im Bereich der Volkswirtschaft.

Bezogen auf Potsdam und die Kreise Oranienburg und Kyritz liegen Hinweise vor, wonach die Überführung von Wohnungsdienstanschlüssen in private Anschlüsse abgelehnt wird.

Für den 22. 12. 1989 ist entsprechend einem Aufruf des "Neuen Forum" in der Bezirkspresse in Güstrow eine Demonstration geplant. In diesem Zusammenhang soll vor dem Objekt des ehemaligen KA ein Gedenkstein mit folgendem Text enthüllt werden: "Den Opfern der Gewalt von 1949 bis 1989".

Einer bisher nicht überprüften Information zufolge wollen Jugendliche zu Silvester einen Angriff auf das Objekt des ehemaligen BA Suhl durchführen. Es soll die Formulierung "Das überleben einige nicht." gebraucht worden sein. Durch den Staatsanwalt wurden Überprüfungen, durch das Mitglied der Regierungskommission, Oberst Böcher (MfIA), Sofortmaßnahmen eingeleitet.